



## **Ausschuss für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung**

### **Charta der Verpflichtungen für eine Mitgliedschaft in der „No Hate Parliamentary Alliance“ (Parlamentarische „No Hate“-Allianz)**

Strassburg, 29.01.2015

In Erinnerung an die Entschließung 1967 (2014) der Parlamentarischen Versammlung über eine Strategie zur Verhütung von Rassismus und Intoleranz in Europa und der Empfehlung (97)20 des Ministerkomitees über Hassrede;

in Begrüßung der Kampagnentätigkeit des „No Hate Speech Movement“ und in Anerkennung der Bedeutung der von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) ausgeführten Arbeit;

in Anbetracht der Tatsache, dass Hassrede und Manifestationen von Rassismus und Intoleranz, wie auch immer begründet, eine Misere sind, die alle Staaten Europas und alle Gesellschaftsschichten betrifft;

in Bestätigung der Tatsache, dass Hassrede und Manifestationen von Intoleranz, wie auch immer begründet, unvereinbar mit der Achtung der Grundwerte des Europarats sind und verurteilt werden sollten;

in der Sorge, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise einen fruchtbaren Boden für das Anwachsen von Hassrede, Rassismus und Intoleranz sind, die es bereits in der Gesellschaft gibt;

aufbauend auf den Grundsätzen der Charta der europäischen politischen Parteien für eine nicht rassistische Gesellschaft, die unter der Schirmherrschaft der EU-Beratungskommission für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufgesetzt wurden, und zu deren Umsetzung auffordernd;

überzeugt von der wichtigen Rolle, die Politiker und Politikerinnen bei der Bekämpfung von Hassrede, Rassismus und Intoleranz spielen,

in Übernahme der Funktionen als Mitglieder der „No Hate Parliamentary Alliance“, wir verpflichten uns durch unsere Unterschrift unter diese Charta:

- offen, uneingeschränkt und proaktiv Stellung gegen Rassismus, Hass und Intoleranz, wie diese auch immer begründet sind, zu beziehen;
- Nichtdiskriminierung und Achtung der Vielfalt, wie in der Europäischen Menschenrechtskonvention und deren Protokollen festgelegt, zu fördern;
- Politiker und Politikerinnen sowie die Zivilgesellschaft über Rassismus und Intoleranz, sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene, aufzuklären;
- Kampagnenaktivitäten gegen Rassismus, Hass und Intoleranz unter Einsatz aller verfügbaren Methoden, u.a. sozialer Medien, in Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten auf nationaler und europäischer Ebene durchzuführen;
- rechtliche Informationen und beste Praktiken zur Verhütung und Bekämpfung von Rassismus, Hass und Intoleranz mit Parlamentariern und Parlamentarinnen aus anderen Staaten auszutauschen;
- die Arbeit der nationalen Ausschüsse des „No Hate Speech Movement“ des Europarats zu unterstützen und sich an diesem zu beteiligen.